

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der dgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
für den Frauen- und Jugendbeleg einsechsig. Bringerlohn monatlich 30 Pf.  
Dabei beiliegend vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und  
Dabei beiliegend vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und  
Sonderausgaben 2.50 — Erhalten dgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, U. Tel. 3405.  
Sprechstunde aus wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14, Tel. 1769.  
Verlagsstempel von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserten werden die Einzelzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatiger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 192.

Dresden, Montag den 21. August 1911.

22. Jahrg.

## Die Beendigung des Eisenbahnerstreiks.

Die schnell und gewaltig um sich greifende Auslands-  
bewegung der englischen Eisenbahner ist nicht ohne Wirkung  
geblieben. Die Eisenbahngesellschaften, die geglaubt  
hatten, unter dem Schutze gewalttätiger Regierungsmaßnahmen  
die Arbeiter zur abschließenden Unterwerfung zwingen zu können,  
die Arbeiter anstreben und die Regierung mußte er-  
kennen, daß mit ihren militärischen Bedrohungen allein nichts  
auszurichten werden könne, daß es nötig sei, den Forderungen  
des Eisenbahner-Entgegenkommens zu weichen. So konnte  
am Sonntag ein Einigungsprotokoll fertig ge-  
macht werden und die Arbeiterorganisationen konnten die Rück-  
kehr zur Arbeit empfehlen.

Die kapitalistische Presse Deutschlands, die die Schuld  
am dem Ausbruch dieser Kämpfe vermittelst allerlei unwahrer  
Darstellungen mit Unrecht den Arbeitern beimisst, versucht jetzt  
ihren Ausgang als Erfolg der „starken“ Regierung auszugeben.  
In Wahrheit hätte die Regierung den Ausbruch des Kampfes  
zu verhüten vermieden können, aber die Er-  
wägung im letzten Augenblick die Ministerpräsidenten Asquith im Unterhause er-  
wähnten, als sei der Vorschlag auf Einlegung einer förmlichen  
Untersuchungskommission nur auf neue Verschleppungen  
beschränkt, auf die sich die Eisenbahnerorganisationen keinesfalls  
einlassen konnten und wollten. Als dann Lloyd George,  
angelehnt des übermäßig ausbrechenden Streiks, das „Miß-  
verständnis“ aufklärte, war die Grundlage zur Einigung  
der Einigung geschaffen. Das weiterhin ausgearbeitete  
Einigungsprotokoll kommt nun den Forderungen, die die  
Eisenbahner vor dem Eintreten in den Ausstand erhoben  
hatten, ein weites Stück entgegen. Vor allem wird  
das Recht der Arbeiterorganisationen anerkannt, an den  
Einigungs- und Schlichtungsverhandlungen mitzuwirken. Die  
Ausführung der unabhängigen und erfahrenen Organisations-  
vertreter von den Einigungsämtern hätte ja den Hauptgrund  
zur Beschränkung für die Arbeiter gebildet. Ferner ist Vorzusage  
gemacht, daß der Einigungsamt sofort seine Tätigkeit  
beginnt und ohne jede Verschleppung arbeitet. Es kann daher  
erhofft werden, daß die weiteren Forderungen der Eisen-  
bahner eine schnelle und angemessene Unterlegung und Erledigung  
finden werden. Beachtenswert ist auch, daß jede Maßregelung  
von Streikführern oder anderen den Arbeitnehmern mißliebigen  
Arbeitern ausgeschlossen bleibt.

Alles in allem ein bedeutender Erfolg der Arbeiterkraft.  
Siegelt sich für die Gewerkschaftsbewegung auch auf dem Ge-  
biet des Verkehrsverkehrs in England durch. Der Uebermut  
der Eisenbahngesellschaften wird gebrochen, die Arbeiterkraft  
erkennt sich ihre Gleichberechtigung und Selbstständigkeit in  
der Vertretung ihrer Lebensinteressen.

### Das Einigungsprotokoll.

Der Vergleich zwischen den Eisenbahnern  
und den Eisenbahngesellschaften enthält folgende  
Bestimmungen:

1. Der Streik ist sofort zu beenden, und die Arbeiter-  
führer sollen sich nach besten Kräften bemühen, die Leute zur  
unverzüglichen Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.

2. Alle Arbeiter, die durch Streik oder Auspöhrung in  
den gegenwärtigen Streit verwickelt worden sind und sich  
innerhalb einer angemessenen Zeit wieder zur Arbeit melden,  
sollen von den Gesellschaften sogleich als möglich wieder eingestellt  
werden. Niemand soll wegen Kontraktbruchs gerichtlich belangt  
werden, sondern mit Strafen belegt werden.

Artikel 3 enthält Einzelheiten über die Einberufung von  
Einigungsämtern, welche über die strittigen Fragen beraten  
sollen.

4. Es sollen sofort Schritte unternommen werden, um  
die Fragen zu regeln, die zwischen den Gesellschaften und dem  
Einigungsamt ihrer Angestellten schweben, die in dem  
und ganz neuen Streit 1907 nicht mit inbegriffen waren,  
sowie die Fragen durch eine Konferenz zwischen  
den Vertretern der Gesellschaften und Vertretern ihrer Angestellten  
als zur Berücksichtigung durch eine besondere Untersuchungs-  
kommission geeignet werden.

5. Beide Parteien leisten dieser Kommission jede Unter-  
stützung.

6. Jede Frage, die wegen der Auslegung dieses Vergleichs  
aufzuwerfen ist, soll dem Hauptamt vorgelegt werden.

Die Regierung macht den Vorschlag, daß eine Kommission  
aufgelegt werden soll, die die Wirkung des Einigungs- und  
Schlichtungsabkommens für die Eisenbahnen prüfen und  
über Bericht erstatten soll, welche Änderungen prüfen und  
Arbeitsämtern bestehen. Die Kommission soll aus fünf  
Mitgliedern bestehen, nämlich aus Vertretern der Arbeitgeber  
und Arbeitnehmern in gleicher Zahl mit einem unparteiischen  
Vorsitzenden. Sie soll ihre Arbeiten so schnell wie möglich erledigen.  
Die Vertreter haben die Versicherung gegeben, daß sie die  
Aufträge der Kommission annehmen wollen. Die Regierung  
erklärt, daß sie dem Parlament ein Gesetz vorlegen wird,  
durch das die gegenwärtige Aufhebung der Lage des  
Eisenbahnerstreiks, eine angemessene allgemeine Erhöhung der  
Löhne als gerechtfertigt erklärt werden soll.

### Ueber Ursache und Verlauf des Kampfes

gibt unser Londoner Korrespondent folgende die Sachlage  
belauchtenden Mitteilungen, die schon vor Beendigung des Ausstandes  
abgefaßt wurden:

Der überwiegende Teil der englischen Tagespresse hat sich  
ohne Rücksicht und Scham auf die Seite der Eisenbahngesellschaften  
und Aktionäre gemorren. Man behauptet, die Arbeiter hätten gar  
keinen triftigen Grund zum Streik, sie hätten das Land ohne Warnung  
in gewissenloser Weise in eine Katastrophe gestürzt. Wir wollen die  
trockenen Tatsachen neben lassen und zeigen, wie völlig unhaltbar  
vom Standpunkt der Arbeiter das 1007 von Lloyd George einge-  
führte Schlichtungsverfahren geworden ist.

Von der Stunde seiner Einführung an war jenes Einigungs-  
verfahren unter den Eisenbahnern sehr unpopulär. Tatsächlich (und  
die Führer der Eisenbahner 1907 wider ihren Willen zur Annahme  
des Schlichtungsverfahrens genötigt worden, dem sie unter nor-  
malen Umständen niemals ihre Zustimmung gegeben hätten. Der  
Generalstreik stand damals unmittelbar bevor. Nach zwölf Stunden  
langer unermüdlicher Beratung und Unterhandlung mit Ministern  
und Regierungsbeamten wurde den Arbeiterführern spät am Abend  
der Einigungsentwurf vorgelegt mit der Bemerkung, daß er das  
allerbeste Wort darstelle. Noch immer in dem Konferenzzimmer ein-  
geschlossen, hatten sie 20 Minuten, um zu entscheiden, ob sie die Ver-  
einbarung akzeptieren, oder die schwere Verantwortung auf sich  
nehmen sollten, sie zu verwerfen und einen allgemeinen Eisenbahner-  
streik zu erklären. Sie verlangten Zeit, um die Arbeiter befragen  
zu können, aber es wurde ihnen gesagt, daß die Entscheidung an  
Ort und Stelle fallen müsse. Unglücklicherweise bestand damals ein  
festiger Streit zwischen den beiden größten Eisenbahngesellschaften,  
der Nationalisierten Gesellschaft der Eisenbahner und der Organisa-  
tion der Maschinen- und Feiger, weshalb auf eine Teilnahme der  
Maschinen- und Feiger am Streik nicht gerechnet werden konnte,  
und außerdem fürchteten die Arbeitervertreter noch einen Coup der  
Regierung. Aus diesen Gründen ließen sie sich bereit, das Einigungs-  
amt zu unterfertigen. Aber noch war die Linie nicht getrocknet, als  
es den Arbeiterführern klar wurde, daß die Vereinbarung der großen  
Rolle der Arbeiter verstoße sein würde. Die Unzulässigkeit drückte  
sich sofort an allen Ecken des englischen Eisenbahnerstreiks aus, und es  
war nur den Bemühungen der Führer, die sich mit der einmal ge-  
troffenen Vereinbarung so gut es ging abfinden wollten, zu danken,  
daß der Generalstreik so lange vermindert werden konnte. Der Druck  
wurde aber schließlich unüberwindlich und führte zur gegen-  
wärtigen Lage.

Die Abwertung der Arbeiter gegen die Vereinbarung wurde  
dadurch bekräftigt, daß die Gesellschaften alles taten, um die Ein-  
richtung der Einigungsämter so lange wie möglich hinauszuschieben.  
Die Vereinbarung wurde getroffen, um eine Wertschätzung der Mit-  
stände, über die die Arbeiter schon jahrelang vor 1907 klagten, un-  
verzüglich zu ermöglichen. Die erste Entscheidung eines Einigungs-  
amtes wurde aber erst 1909 getroffen. Bei der Nordbahn z. B.  
kam die erste Entscheidung im Januar 1909 zustande, aber auch  
diese war nicht vollständig, sondern bezog sich auf einige unwichtige  
Punkte der unteren Rangordnungen. Die Forderungen der übrigen  
Rangordnungen wurden an einen Schlichter verwiesen, der erst  
am 8. November 1909 seine Entscheidung fällte. Aber auch damit  
war die Sache noch nicht erledigt. Es entspann sich ein langer  
Streit über die Auslegung des Schlichterspruchs, und der Streit  
konnte erst im Dezember 1910 durch eine neue Entscheidung end-  
gültig gelöst werden.

Reinlich ging es bei den anderen Bahnen. Bei der Bancashire  
und Yorkfrier Eisenbahn wurde die erste Entscheidung des zentralen  
Einigungsamtes im Juni 1909, also volle zwei Jahre nach der Ein-  
führung des Verfahrens, gefällt, aber die Mißstände wurden erst  
sechs Monate später abgestellt. Bei der Midlandbahn kam es im  
November 1908 zur ersten Entscheidung des zentralen Einigungsamtes,  
aber über verschiedene Punkte kam keine Einigung zustande, und der  
angewiesene Schlichter — in diesem Falle Lord Cromer — kam  
im April des folgenden Jahres zu seinem Schlichterspruch. Wieder  
begannt der Streit um die Auslegung des Spruchs. Er dauerte  
über zwei Jahre, und erst am 28. Juli d. J. kam es zu einer  
neuerlichen Entscheidung Lord Cromers, wonach die Gesellschaft gegen  
den Geist des Schlichterspruchs gehandelt hat und verpflichtet ist, den  
berechtigten Arbeitern die in dem Schlichtersprache vorgesehene Lohn-  
erhöhung von zwei Schilling die Woche für die verlassenen zwei  
Jahre anzubekommen. Aber auch jetzt ist noch nicht alle Streit-  
fragen erledigt und Lord Cromer soll wieder im Oktober d. J.  
neue Verhandlungen beginnen.

Die Gesellschaften sahen die endlich erfolgten Schlichter-  
sprüche mit allerlei juristischen Ausflüchten zu umgehen. So ist  
es den Weichenstellern der Midlandbahn endlich gelungen, ihren  
Arbeitsvertrag durch einen Schlichterspruch bekräftigt zu erhalten.  
Was tut die Gesellschaft? Sie gibt den Weichenstellern einen neuen  
Namen: sie heißen jetzt „Jugempänger“ und müssen dafür sechs  
Stunden arbeiten. Ähnlich machte es die Nordbahn mit den  
Wagenprüfern, denen ein Schlichterspruch den Achtstundentag zuschrieb,  
und zwar ausdrücklich einschließlich der Mahlzeiten. Die Gesellschaft  
sagte: Gut, aber für die Dauer der Mahlzeiten bekommt ihr nichts  
bezahlt, und wir machen euch verantwortlich für alle Fehler, die  
eure Untergebenen in eurer Abwesenheit machen.

Eines der Hauptübel, das die meisten ändern erst möglich  
macht, ist, daß die Arbeitervertreter in den Einigungsämtern keine  
Gewerkschaftsbeamten, sondern nur in der betreffenden Rang-  
ordnung, auf die sich das Einigungsamt bezieht, hauptsächlich beschäftigte  
Eisenbahner sein müssen. Gäßen die Gesellschaften nicht systematisch  
Verfahren in so wertvoller Weise herbeizuführen und dann  
erst das Verfahren zu umgehen gesucht, und schließlich sich auch noch  
bei Schlichtersprüchen strittiger Punkte an den Schlichter entgegen-  
gesetzt, dann wäre es kaum zu der gegenwärtigen Stufe gekommen.

London, 20. August. Das Kriegsministerium hat angeordnet,  
daß die Truppen so bald wie möglich in ihre Bezirke zurückgeführt  
werden sollen. — In Flanelly begingen die Ausständigen in der  
vergangenen Nacht Plünderungen und Brandstiftungen in Wand gefeßt.  
Als sie auf dem Bahnhof einen Güterzug in Brand gefeßt  
hatten, erfolgte eine Explosion, durch die drei Personen getötet und  
viele verletzt wurden. Die Polizei ging mit ihren Schützen vor und  
das Militär mit den Bajonetten. Viele Personen wurden verwundet.

London, 20. August. Das Ministerium des Innern er-  
läßt eine Bekanntmachung, in der mitgeteilt wird, daß überall Ruhe  
herrscht. In Flanelly nehmen die Ausständigen die Arbeit  
wieder auf. Der die dortigen Truppen befehligende Major meldet,  
daß die Ausständigen für die in der letzten Nacht vorgekommenen  
Plünderungen nicht verantwortlich seien.

London, 20. August. Die Eisenbahner hielten heute im End-  
punkt eine von 30-40000 Personen besuchte Versammlung  
ab, in der sie beschloßen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

London, 20. August. Der König hat die Regierung zu der  
schnellen Beilegung des Eisenbahnerausstandes beglückwünscht.

Liverpool, 20. August. In einer heute abend vom Ausstands-  
komitee abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, alle Seeleute,  
Fahnenarbeiter, Fuhrleute, Stewards und andere unter dem Einfluß  
des Komitees stehenden Angehörigen des Schiffahrtsgewerbes anzu-  
weisen, die Arbeit morgen nicht wieder aufzunehmen, da das Ergebnis der  
Verhandlungen mit den Verladern noch aussteht. Dieser Beschluß  
erstreckt sich auf etwa 30000 Mann.

## Die Marokkofrage.

Die Marokkofrage beschäftigte am Sonntag die General-  
versammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Arbeitervereine  
Groß-Berlins. Es waren an 1000 Delegierte anwesend. Aus  
den großen Galerien des Germania-Etablissements waren mehrere  
tausend Genossen und Genossinnen anwesend. Genosse Täubitz  
hielt ein Referat über die Marokkofrage und die Kriegsbereitungen.  
Die Generalversammlung nahm dann folgende Erklärung ein-  
stimmig an:

Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Arbeit-  
vereine Groß-Berlins protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den  
neuesten Kurs der imperialistischen Politik Deutschlands. Sie wendet  
sich ebenfalls gegen eine Festsetzung in Marokko wie gegen die  
Vergrößerung des deutschen Kolonialreiches durch ein un würdiges  
Schahergeschäft. Die Versammlung spricht die Hebrzeugung aus, daß  
weder die deutsche Arbeiterkraft, noch die deutsche Volkswirtschaft  
durch neue koloniale Erwerbungen Vorteile haben, daß vielmehr durch  
solche die Kräfte des Volkes vermehrt und unabsehbare Konflikte gezeugt  
werden. Mit der größten Entrüstung wendet sich die  
Versammlung gegen die kapitalistischen Kreise, die aus Eignung oder  
um ihre Verbrechen in der inneren Politik zu verheimlichen, das unter-  
haltige Vorgehen der Diplomatie benutzen, um Deutschland in einen  
europäischen Krieg hineinzuziehen. Die Versammlung erklärt im Namen  
der gesamten Berliner Arbeiterkraft, daß sie allen verbredlichen  
Verträgen, die darauf hinauslaufen, Krieg, Hunger, Verdrößerung und Ver-  
wüstung des Nationalwohlstandes über die Nationen zu bringen, mit  
allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten wird. Sie spricht  
ferner ihren Unwillen darüber aus, daß die deutsche Regierung die Ent-  
scheidung über die wichtigen und folgenreicheren Fragen der Politik  
in die Hände einer kleinen Anzahl von Diplomaten legt und die be-  
dürftige Vertretung des Volkes, den Reichstag, völlig ausschaltet. Die  
Versammlung verlangt, daß das Volk selbst und seine parlamentarische  
Vertretung in allen sein Wohl und Wehe betreffenden Fragen zu  
entscheiden hat und daß nicht Diplomatenintrigen und abstrakte  
Politik Deutschlands Geschicke bestimmen. Die Versammlung be-  
kennt sich rückhaltlos zu den Forderungen der internationalen Arbeit-  
kämpfer und schließt sich daher allen Forderungen und Forderungen  
der französischen, englischen und spanischen Arbeiter an.

### Der Zwischenfall.

Paris, 21. August. Mehrere Blätter kündigen die Einberufung  
eines Ministerrates für Donnerstag oder Freitag an, zu dem sich  
alle Minister bei dem Präsidenten in Rambouillet zusammenfinden  
sollen. Man erwartet, daß der am Sonntag den 20. August abends  
aus Berlin nach Paris abgereiste französische Reichskanzler  
am 27. oder 28. August nach Berlin zurückkehren wird.

Paris, 21. August. Der Watin erklärt: Wir wissen, daß  
die Regierung der Republik das ganze französische Volk hinter sich  
hat, das seit entschlossen ist, sich nicht vor den maßlosen Forde-  
rungen des Herrn v. Aiderlen-Wächter zu beugen. Die französische  
Regierung ist neuen Vorschlägen Deutschlands zu-  
gänglich. Wie gestern, so werden solche auch morgen hier in ver-  
ständlichem Geiste aufgenommen werden. Herr Gailard und seine  
Regierung wissen, daß die beiden Völker aufrichtig eine ehren-  
volle und dauerhafte Verständigung wünschen, die der  
beiden großen Nationen würdig ist. Aus diesem Grunde wird die französi-  
sche Regierung alles tun, was sie im Einklang mit den Lebensinteressen  
und der Würde unseres Landes tun kann, um zu dieser Verständigung  
zu gelangen. Wenn dies unserer Regierung nicht gelingt, so wird  
für die Folgen verantwortlich sein. Das Interesse der beiden  
Völker erfordert eine Verständigung; daher glauben wir trotz al-  
lem, daß der gesunde Menschenverstand des Herrn v. Aiderlen-  
Wächter den Sieg über seinen Wunsch, seine persönliche Stellung  
zu verteidigen, dahinzutragen, und daß man schließlich zu einem Ab-  
kommen gelangen wird.

Der Reichskanzler schlägt eine ganz ähnliche Tonart an:  
Wir glauben zu wissen, daß die Regierung der Republik entschlossen  
ist, auf dem Standpunkt, den sie bisher verteidigt hat, mit äußerster  
Festigkeit zu verharren. Die Vespörungen dieser beiden letzten Wochen  
hätten den doppelten Nachteil, sprunghaft mit unregelmäßigen Zwischen-  
räumen stattzufinden und sich um nicht genau bestimmte Themen zu  
drehen. Wenn man zwar auch weiß, daß das Berliner Kabinett im  
ganzen ungemessene Ansprüche formuliert hat, so hat es doch ver-  
nachlässigt, diesen Forderungen einen präzisen Ausdruck zu geben.  
Berlin hat Mittel gefunden, allzu präzise Debattieren zu vermeiden  
und seine Gedanken bloß in sehr unbestimmten  
Ausdrücken zu entwickeln. Bei diesem Kreuz- und Querreden  
sind abwechselnd die Fragen Kongo, Kamerun, Tschad gestreift  
worden, ohne daß Herr v. Aiderlen-Wächter jemals ein wohl-  
begrenztes System von Austauschvorschlägen machte. Da die  
deutsche Staatssekretäre sich in bezug auf Marokko in elatischen